

Den Fusionsvertrag aufgehoben

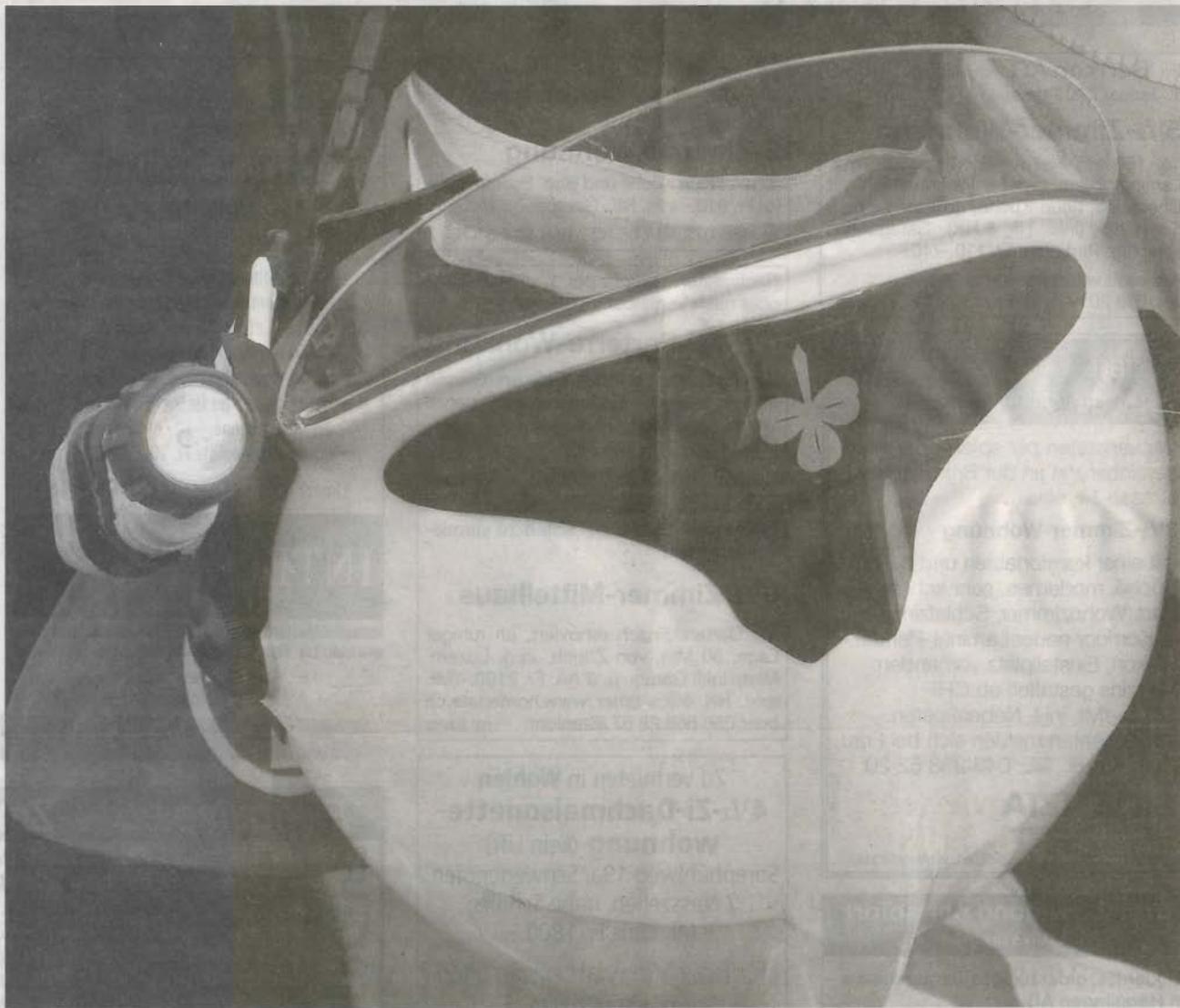
«Gmeind» Berikon: Das Referendum wurde bereits angekündigt

Mit 157 Ja zu 121 Nein wurde die Initiative zur Aufhebung des Vertrags der Feuerwehr Mutschellen an der «Gmeind» angenommen. Die Anschaffung eines Pikettfahrzeugs für die nun aufzuhebende Feuerwehr Mutschellen wurde hingegen bejaht.

Erika Obrist

Schlange stehen vor dem Berikerhus und mehr Stühle herbeibringen hiess es letzten Freitag vor Beginn der Gemeindeversammlung. 307 von 3076 Stimmberechtigten nahmen an der Versammlung teil, darunter sehr viele Feuerwehrleute mit Angehörigen. Womit das Abstimmungsresultat zum Traktandum «Initiative zur Aufhebung des Vertrags zwischen den Einwohnergemeinden Berikon und Widen über die gemeinsame Organisation der Feuerwehr» vorausschbar war.

Zuerst allerdings machte Ammann Peter Oggenfuss nochmals klar, dass die Hauptverantwortung für die Feuerwehr beim Gemeinderat liegt. «Der Gemeinderat steht hinter der Fusion und hinter dem gewählten Kommando.» Mit der Feuerwehr Mutschellen bestehe ab 1. Januar 2007 kein Sicherheitsrisiko. Zudem informierte er, dass das Beriker Kader letzte Woche noch einen Kompromissvorschlag – ein Co-Kommando mit Beat Suter aus Widen und André Koller aus Berikon – abgelehnt habe.



Die Gemeindeversammlung hat den Fusionsentscheid, den sie vor einem Jahr bejaht hatte,

Mängel in der Ausbildung?

Daniel Ackermann, gewählter Sprecher des Beriker Kaders, zeigte nochmals auf, weshalb dieses kein Vertrauen in den gewählten Kommandanten Beat Suter hat. Die Rettungen würden nicht nach Reglement ausgeführt, es gebe Mängel bei der Einsatzleitung und beim Atemschutz. In Widen habe es zu wenig Offiziere und rund ein Drittel der Mannschaft sei noch keine zwei Jahre im Dienst; es fehle also an erfahrenen Leuten.

Werde der Fusionsvertrag nicht aufgehoben, so würden 16 von 20 Beriker Kaderleuten aufhören. Diese hatten ihre Kündigung schon vor der Gemeindeversammlung eingereicht, wie man nun von Ackermann zu hören bekam, aber «unter Vorbehalt». Da die Fusion bis Ende 2009 rechtskräftig ist – der Vertrag ist unterschrieben –, forderte er eine tragbare Übergangslösung.

Gegen die Aufhebung des Vertrags wandten sich vor allem Vertreter der FDP und der CVP sowie Bewohner ennet der Mutschellenkreuzung. Hier seien die Wider im Ernstfall schneller vor Ort als die Beriker. Das Kader verhalte sich nicht konstruktiv, wurde bemängelt, und der finanzielle Aufwand sei absurd. «Es gibt keine Notlage auf dem Mutschellen – auch nicht

Die Gemeindeversammlung hat den Fusionsentscheid, den sie vor einem Jahr bejaht hatte, auf den Kopf gestellt und für die Aufhebung des Fusionsvertrags gestimmt.

bei den angekündigten Rücktritten», so ein Votant. Es gelte vorwärts zu schauen, so ein weiterer Votant, «aber nicht mit der Lupe». Man müsse nicht nur Berikon anschauen, sondern den ganzen Mutschellen im Auge behalten.

Die Meinungen waren aber gemacht und ein Antrag auf geheime Abstimmung wurde verworfen. Schliesslich wurde die Initiative mit 157 Ja zu 121 Nein angenommen. Bereits beim Apéro nach der Versammlung kündigten Parteienvertreter die Lancierung eines Referendums an.

Umstrittene Beschaffung

Der Betriebskostentarif der Feuerwehr Mutschellen wurde anschliessend bei 18 Gegenstimmen angenommen. Dieser habe nur Gültigkeit, falls die Fusion bestehen bleibe, so Ressortvorsteher Felix Baur.

Höchst umstritten war auch der Kredit von 520 000 Franken (Anteil Berikon: 288 600) für die Anschaffung eines schweren Piktetfahrzeugs für die Feuerwehr Mutschellen. Nachdem ein Antrag von Christoph Steinemann, das Geschäft um ein halbes Jahr zurück-

zustellen, abgelehnt worden war, stellte Philipp Hübscher den Antrag, mit dem Geld ein Fahrzeug für die Feuerwehr Berikon anzuschaffen. Dies als Ersatz für den über 40-jährigen «Chevy». So gehe es nicht, sagten Edi Barth und Hannes Lattmann; bis ins Jahr 2009 gebe es keine Feuerwehr

Berikon mehr. Schliesslich wurde der Beschaffung eines schweren Piktetfahrzeugs für die Feuerwehr Mutschellen mit 138 zu 108 zugestimmt.

Unter «Verschiedenas» wurde zudem ein Antrag überwiesen, mit dem der Gemeinderat beauftragt wird, den «Chevy» im Dorf zu behalten.